

# Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 353.

Dienstag, 1. August

1871.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Tblr., für ganz Preußen 1 Tblr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Inserate 14 Sgr. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Neufamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an denselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

## Amliches.

**Berlin, 31. Juli.** Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Dem Steuer-Einnahmer a. D. Blaes zu Groß-Dörschleben den Rothen Adler-Orden 4. Kl., dem Stadtrath a. D. und Stadt-Ärztin Goerike zu Burg im ersten Reichsober-Kreize den Kgl. Kronen-Orden 4. Kl. zu verleihen.

Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Den nachbenannten Amtsrathern im Bezirk des Appellationsgerichts zu Celle: Dr. Heilmann in Osnabrück, Niemeyer in Stolzenau, v. Schmidt-Philipp in Medingen, Rüdiger in Sieboldshausen, Fischer in Göttingen, Dr. Stöling in Zellerfeld, Gebser in Hildesheim, Brodt in Neuhaus a. D., Wülfed in Wöltingerode, Rudorff in Stade, Siemens in Celle, Hille in Wennigsen, Fiedeler in Hannover, Varing in Ebstorf, Dr. Siegener in Lichte, Reinking in Celle und Dankwerts in Rheinhausen den Charakter als Ober-Amtsrichter zu verleihen; und den Rittergutsbesitzer, Gerichts-Assessor v. Goldfus zum Landrath des Kreises Nienburg im Regierungsbezirk Breslau zu ernennen; sowie dem Postfuhr-Unternehmer Beltmann in Warendorf den Charakter als Kommissions-Rath zu verleihen.

Die Beförderung des ordentlichen Lehrers Bieling an der Sophien-Realschule in Berlin zum Oberlehrer; die Wahl des Gymnasiallehrers Dr. Köhler zum Rektor der höheren Bürgerschule in Striegau; und die Berufung des Gymnasiallehrers Dr. Buderus in Hersfeld zum Rektor der höheren Bürgerschule in Kassel ist genehmigt worden.

## Telegraphische Nachrichten.

**Embs, 30. Juli.** Se. Maj. der Kaiser empfing heute den Erbgroßherzog von Oldenburg, den Herzog Wilhelm von Mecklenburg, den deutschen Gesandten in London Grafen Bernstorff, den Gouverneur von Koblenz und Ehrenbreitenstein Generalleutnant v. Beyer, sowie die zur Kur hier anwesenden Offiziere. Die Fürstlichkeiten sowie der Graf Bernstorff und der Generalleutnant v. Beyer wurden zur kaiserlichen Tafel geladen. — Der Kriegsminister Graf Roon und der deutsche Gesandte in der Schweiz, Generalleutnant v. Räder, sind heute abgereist.

**31. Juli.** Se. M. der Kaiser empfing heute das Offiziercorps des Bonner Infanterieregiments zur Tafel. Empfangen wurden der evang. Landesbischof Wilhelm und Minister Graf v. Benckendorff. Morgen begibt sich der Kaiser nach Koblenz, woselbst er den 2. und 3. verweilen wird. Am 4. erfolgt die Weiterreise nach Wiesbaden, wo gleichfalls ein zweitägiger Aufenthalt in Aussicht genommen ist. Von dort reist der Kaiser am 7. August nach Mainz, um die dort stehenden Truppen zu besichtigen und von da weiter nach Homburg, woselbst Se. Maj. den 8. und 9. bleiben werden.

**Strasburg, 31. Juli.** Bei den Gemeinderathswahlen wurden diejenigen zwölf Gemeinderäthe gewählt, deren Namen sich sowohl auf der Liste der liberalen wie auf derjenigen der klerikalen Partei befanden. Es sind noch 24 Nachwahlen notwendig und haben die Kandidaten der liberalen Partei Aussicht durchzudringen. Die Betheiligung an der Wahl war eine sehr bedeutende.

**Paris, 31. Juli.** Nachrichten, welche der „Agence Havas“ aus Versailles zugehen, bestätigen, daß die Demission Jules Favre's von Thiers angenommen ist. Der Nachfolger Favre's ist noch nicht ernannt. Der Rücktritt Simon's wird dagegen demittirt.

**London, 31. Juli.** Ein Befehl des Ministerrathes ertheilt den Behörden der Seestädte Vollmacht, alle nothwendigen Maßregeln zur Verhinderung der Einschleppung der Cholera nach England zu ergreifen. — Eine Zuschrift des persischen Gesandten an hiesige Blätter demüthigt die Mittheilungen über die Hungersnoth und das Wüthen der Pest in Persien. — Auf transatlantischen Schiffen in Hull sind zwei Cholerafälle vorgekommen. Der Staatsrath hat deshalb angeordnet, daß alle Schiffe, die eine Einschleppung der Cholera befürchten lassen, namentlich aus den Ostseehäfen einlaufende, einer genauen Inspektion unterworfen werden sollen. — Gestern hat das angekündigte Meeting in Hyde Park stattgefunden, welches den Zweck hatte, gegen die dem Prinzen Arthur anlässlich seiner Großjährigkeit bewilligte Erhöhung der Subsidien zu demonstrieren. Es wurden bei dieser Gelegenheit äußerst heftige Reden gehalten. Ein auf heute Abend in Trafalgar Square angekündigtes Meeting ist seitens der Polizei verboten worden.

**Madrid, 29. Juli.** „Imparcial“ demittirt das Gerücht, der Finanzminister beabsichtige einen Gesetzentwurf einzubringen, wodurch die Auszahlung der Zinsen der Staatsschulden einstweilen suspendirt werden sollte. Ebenso unrichtig sei die Behauptung, daß die Ersparungen beim Militärbudget sich auf 72 Millionen Reales beläufen. — Eine Versammlung der progressiven Partei, in welcher wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen, wird demnächst erwartet.

**Best, 30. Juli.** Die von der ungarischen Regierung mit der ungarischen Bodenkredit-Gesellschaft, der Franko-Ungarischen Bank, der Franko-Oesterreichischen Bank und mit der von der Franko-Ungarischen Bank vertretenen Gruppe von Berliner Bankhäusern wegen Uebernahme der ungarischen Anleihe gepflogenen Unterhandlungen sind gestern Abend definitiv abgeschlossen worden.

**New-York, 31. Juli.** Der Schatzsekretär Boutwell hat für den Monat August den Ankauf von 5 Mill. Bonds und den Verkauf von 7 Mill. Dollars in Gold angeordnet.

## Brief- und Zeitungsberichte.

**Berlin, 31. Juli.** Die „Zeitung Nachrichten“ beklagen sich in entschieden tendenziösem Tone darüber, daß die Angelegenheit wegen einer Entschädigung für die 1866 von der preussischen Regierung konfiszirten Armees- und Ausrüstungs-Gegenstände, welche die

Rathe des Herzogs Friedrich kurz vorher für ein schleswig-holsteinisches Heer angeschafft, auch heute noch nicht geordnet sei. Der Herzog wolle aus dem Verth der Gegenstände die 1863 und 1864 von ihm kontrahirte freiwillige Anleihe decken. Schon mehrmals habe die vom Herzog mit Wahrnehmung dieser Angelegenheit betraute Kommission vor Gericht klagbar werden wollen, sei aber durch preussischen Einfluß, der glatte Erledigung nach dem Kriege habe hoffen lassen, davon abgebracht worden. Aber auch jetzt höre man nichts von solcher Erledigung. Diese ganze Darstellung des vorgenannten Blattes ist unrichtig. Die preussische Regierung hat schon vor Jahren bereitwillig die Hand zu Verhandlungen geboten. Von einer Pflicht zur Entschädigung konnte nicht die Rede sein, dagegen sprachen Billigkeitsgründe dafür. Man erbot sich daher, die noch in natura vorhandenen Gegenstände zurückzugeben und für die bereits in Gebrauch genommenen nicht nur den ganzen Schätzwert, sondern auch noch einen erheblichen Zuschlag zu zahlen. Die Vertreter der Kommission waren damit einverstanden, die Kommission selber jedoch äußerte sich damals nicht, sondern erst vor Kurzem, und zwar ablehnend — ein Votum, welches sich mit dem Interesse der Theilhaber an der gedachten Anleihe in keiner Weise motiviren läßt. Völlig aus der Luft gegriffen ist in dem Artikel der „Zs. N.“ die Behauptung, daß Einfluß der preussischen Regierung die Kommission von der Klage vor Gericht abgebracht habe. — Der Provinzial-Landtag für Brandenburg hat bekanntlich bei Verathung des Gesetzes über Gewährung von Beihilfen an die Reservisten und Landwehrleute beschlossen, den Kreis-Kommissionen zu empfehlen, sich für die Darlehen von den Betreffenden eventuell Bürgschaften geben zu lassen. Der Minister des Innern hat nun Veranlassung genommen, dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg zu erkennen zu geben, daß dieser Beschluß den Absichten des Gesetzes nicht entspreche. Es würden dadurch viele Individuen, denen die Unterstützung zugesagt sei, derselben verlustig gehen, weil gerade die Hilfsbedürftigsten unter den zur Unterstützung Berechtigten von der Wohlthat keinen Gebrauch machen könnten, da besonders ihnen der Kredit und daher die Fähigkeit eine Bürgschaft beizubringen fehle. Es werde daher eine Modifikation des gedachten Beschlusses in Aussicht zu nehmen sein. — Wie man hört, liegt es in der Absicht der Regierung, die Gesetzgebung in Betreff der Verhältnisse der Juden einer Revision zu unterwerfen, namentlich in Bezug auf die Regelung der Korporationsverhältnisse der Synagogen-Gemeinden.

— Die klerikalen Blätter beileben sich gegenwärtig, nachdem auch die offiziellen Organe nun die Staatsgefährlichkeit der vaticanischen Dekrete geltend machen, die völlig politische Harnlosigkeit derselben zu behaupten. Sie berufen sich dabei namentlich auf eine angebliche Erklärung des Papstes, über welche das Pastoralblatt der Erzdiözese München-Freising Folgendes mittheilt:

„Am 20. Juli d. J. empfing Papst Pius IX. eine Deputation der Akademie der katholischen Religion; er ermahnte sie mit allem Fleiß die Behauptungen zu widerlegen, mit welchen man den Begriff der päpstlichen Unfehlbarkeit zu falschen trachte, und erklärte es als eine boshafte Irrlehre, wenn man behaupte, in der päpstlichen Unfehlbarkeit sei das Recht eingeschlossen, Führen abzugeben und die Völker vom Eide der Treue zu entbinden. Dieses Recht sei einmahl in äußerster Noth von den Päpsten ausgeübt worden, habe aber mit der päpstlichen Unfehlbarkeit durchaus nichts zu thun. Es sei eine Folge des damals geltenden öffentlichen Rechts und des Uebereinkommens der christlichen Nationen, welche im Papst den obersten Richter der Christenheit erkannten, gewesen, daß die Päpste auch in weltlichen Dingen über Fürsten und einzelne Völker richteten. Die gegenwärtigen Verhältnisse seien aber ganz und gar verschiedene von den früheren, und nur Bosheit könne so verschiedene Dinge und Zeitverhältnisse mit einander vermengen, als hätte ein unfehlbares Urtheil über eine Offenbarungswahrheit irgend welche Beziehung zu einem Rechte, welches die Päpste nach dem Willen der Völker ausüben mußten, wenn es das gemeinsame Beste verlangte. Diese frivole Behauptung sei bloß ein Vorwand, um die Fürsten gegen die Kirche aufzuheben. „Einige wünschen“, fuhr der heilige Vater fort, „daß ich die konziliare Definition noch weiter und bestimmter erkläre. Ich will es nicht thun. Sie ist deutlich genug und bedarf keiner weiteren Kommentare und Erklärungen. Wer das Dekret mit aufrichtiger Gesinnung liest, dem liegt sein wahrer Sinn leicht zu Tage. Eure Aufgabe nun ist es, mit eurer Gelehrsamkeit und eurem Scharfsinn diese Irrthümer zu bekämpfen, welche täuschen und berücken und Unwissende verführen können.“

Die „Köln. Ztg.“ bemerkt dazu: „Es wird hiermit nicht im mindesten bestritten, was bewiesen werden soll. Einestheils erließ das vaticanische Konzil am 18. Juli vorigen Jahres neben dem Dekret über die Unfehlbarkeit des Papstes rückfichtlich der Lehre zugleich ein anderes Dekret über die Unbegrenztheit seines königlichen Regierungs- und Richteramtes, dem, nach Theorie der Jesuiten, alle „Getauften“ und die getauften Souveräne erst recht, unterworfen sind. Anderentheils, und das ist die Hauptsache, giebt seine lehrantliche Unfehlbarkeit dem Papste allerdings keineswegs die Macht, bestimmte Souveräne mit Namen abzusetzen und die Völker gegen sie vom Eide der Treue zu entbinden, wohl aber die Macht über die Rechte und Pflichten der Souveräne und der Völker die Grenzen und Bedingungen in allgemeinen Sätzen als katholische Sittenlehre unfehlbar und gewissenverbindlich festzustellen. Und dieses unfehlbare Gesetzgebungsamt ist noch mehr staatsgefährlich, als bloß ein absolutes Richteramt; denn es kann ja nun jeder einzelne fanatische Gläubige und sein Gewissensrath das Richteramt übernehmen. Wenn Bullen, wie die: „ex apostolatus officio“, oder die „unam sanctam“ das Gesetz aufstellen, dann finden sich schon die Guisen und Genossen und die Clements und die Ravallacs als Richter und Nachrichter, um den Spezialfall in ihrer Weise unter das Gesetz zu subsumiren. Wenn so extreme Gefahren in der That nicht mehr stattfinden, so ist der Grund nur der, daß eben die Zeiten und Menschen sich gewandelt haben und es den Jesuiten nimmer gelingen wird, die fortgeschrittene Entwicklung der sittlichen Weltanschauung rückläufig zu machen.“

**Madrid, 27. Juli.** Der „Corr. Hav.“ wird telegraphisch das Programm, welches Zorilla dem Könige vorgelegt hat, in folgenden Sätzen skizziert:

In der inneren Politik: Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Lösung mehrerer, dieselbe beunruhigender Fragen, ohne in irgend einer Art Schwäche zu zeigen und keine anderen Maßregeln nehmend, als die genaue Ausführung der Gesetze. Bei Wiederaufnahme der Cortesarbeiten, Vorlage aller durch die politische und ökonomische Administration geforderten Gesetze und besonders derer, welche das Justizministerium betreffen, mit dem Gesetze über die Geschworenen anfangend, welches letztere im Geiste der Konstitution vorbereitet wird. In den Finanzen: Ausgleichung des Budgets um jeden Preis, von Defomomien in allen Zweigen des Staatsdienstes. Von Oktober an wird das Ministerium bereit sein, einen Reduktionsplan vorzulegen. Was die Frage der Insel Cuba betrifft, so soll die zu befolgende Politik auf der letzten vom Kongreß votirten Maßregel basirt werden. Die Regierung wird vor keinem Opfer zurücktreten, um der Insurrektion ein Ende zu machen. Schließlich, was das administrative Personal betrifft, so wird die Politik der Regierung streng die Korruption, die Immoralität, die Nachlässigkeit und Unaufmerksamkeit im Dienste bestrafen. Damit übereinstimmend lautet auch das Programm, welches Zorilla in den Cortes vorlesen hat.

**Florenz, 26. Juli.** Die Debatten und das Votum der französischen National-Versammlung über die römische Frage haben, wie leicht erklärlich, in der italienischen Presse eine lebhaftere Erörterung nach sich gezogen. Es kommt bei dieser Gelegenheit wiederum zum Vorschein, wie wenig Freunde Frankreich in Italien heute noch hat. Selbst Blätter wie der „Dritto“ erheben sich zu einer fast drohenden Sprache, und fast alle geben sie Frankreich zu verstehen, daß Italien sich von ihm nicht mehr am Gängelbände führen läßt, daß es sich mündig fühlt und nicht die geringste Einmischung in seine Angelegenheiten mehr dulden wird. Noch demüthigender für Frankreich klingen die beschwichtigenden Stimmen. So sucht die mailänder „Perseveranza“ nachzuweisen, daß die Reden von Versailles keine Gefahr sein können, weil Frankreich eben nicht mehr ist, was es war, und die „Italia“ bittet ihre journalistischen Kollegen, nicht gleich so Feuer zu fangen, denn Frankreich sei jetzt in einer Lage, die manches erregte Wort rechtfertige. Interessant ist die Sprache der klerikalen Blätter. Sie loben die National-Versammlung nicht uneingeschränkt, denn sie ist ihnen ja nicht weit genug gegangen, hat ja nicht, wie die vom Jahre 1849, eine römische Expedition zur Wiedereinführung des Papstes beschlossen; aber sie geben ihr doch ihre Sympathie zu erkennen, weil sie über die Petitionen der Bischöfe nicht zur Tagesordnung übergang. Diese Freundlichkeit erstreckt sich indes nicht auf Thiers. Namentlich zerzaust diesen die „Unita Cattolica“, das Jesuitenorgan, das noch immer den Trauerrand trägt, welchen es am 20. September v. J., dem Tage der Einnahme Roms durch die Truppen Italiens, anlegte. Thiers fürchtet, so bemerkt dieses Blatt höhniisch, Nizza zu verlieren, das doch durch feierliches Plebiszit an Frankreich kam; er fürchtet eine Allianz Pansa's mit Bismarck, fürchtet endlich, daß unsere Heiden es versuchen könnten, nach Paris zu kommen, er fürchtet vielleicht sogar einen Marsch Cialdini's über die elysäischen Felder.“

## Staats- und Volkswirtschaft.

**Berlin.** Die in den Tagen vom 14. bis 16. August er. stattfindende Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahn-Verwaltungen, mit welcher zugleich die Feier des 25jährigen Bestehens dieses Vereins begangen werden soll, wird sich mit der Erledigung folgender Tagesordnung beschäftigen: Vortrag des Verwaltungsraths der geschäftsführenden Direktion und Beschlüsse über einzelne Gegenstände desselben; Aufstellung allgemeiner Grundsätze einer rationellen Güterklassifikation seitens des Vereins; Einführung des Bundesbetriebsreglements vom 10. Juni 1870 an Stelle des gegenwärtigen Vereinsreglements; Antrag auf Einführung reglementarischer Bestimmungen über die Beförderung von Armentialen auf den Eisenbahnen; Auslegung des § 14 des Vereinsreglements, betreffend nachträgliche Disposition des Veränders; Antrag auf Vervollständigung der Signatur der Stückgüter durch Angabe des Bestimmungsortes; Errichtung eines statistischen Centralbureaus für den Verein und Einführung einer Statistik der Güterbewegung auf den Eisenbahnen; Abänderung des § 5, 10, 13 des Vereinsreglements; anderweitige Normirung der Grundsätze über die Wagenmiete-Entschädigung; Abänderung des § 18 des Wagenregulativs über die Meldung und Feststellung der Wagenbeschädigungen; Entscheidung der Frage, welche Stücke als feste und welche als lose Wagenbestandtheile anzusehen; Vorlage der von der Hamburger Techniker-Versammlung bearbeiteten technischen Vereinbarungen über den Bau und die Betriebs-Einrichtungen der Eisenbahnen; Antrag auf Revision der Grundzüge für die Anlage und den Betrieb sekundärer Eisenbahnen; Verathung der Maßnahmen, welche das am 1. Januar 1872 in Kraft tretende Bundesgesetz vom 17. August 1868 hinsichtlich des einheitlichen Maßes erfordert; Bericht über die Eisenbahnzeitung und die technische Zeitschrift des Vereins; Rechnungslegung über Verwaltung der Vereinskasse; Wahl einer neuen geschäftsführenden Direktion für die nächsten zwei Jahre; Wahl einer neuen Vereinsarten-Prüfungs-Kommission und des Ortes für die nächste General-Versammlung. — Auch den die Abgeordneten der einzelnen Verwaltungen begleitenden Damen ist auf sämtlichen Eisenbahnen mit Ausnahme der Niederländischen Staatsbahnen und der Niederländischen Rhein-Bahn freie Fahrt mit vierwöchentlich Gültigkeit eingeräumt. Das Komite der acht hiesigen mündenden Eisenbahnen ist mit den Vorbereitungen der Festfeier beschäftigt. Bis jetzt ist eine allgemeine Begrüßung am Abend des 13. August in den Festhallen des Rathauses und am 17. August eine Vergnügungsfahrt nach Potsdam in Aussicht genommen.

## Vermischtes.

\* **Zilsit, 25. Juli.** Am gestrigen Nachmittag 2½ bis 4 Uhr entlud sich hier ein Gewitter mit Regen, von einer Windhose begleitet, welche große Verwüstungen hervorbrachte. Es war fast eine totale Finsternis eingetreten. Die auf dem Bahnhofe lagernden Bretterkapseln stürzten um, in Splinter zertrümmert. Stücke davon durchschlugen das Dach des Petroleumschuppens und das Dach des Lehwieschen-Etablissements. Mit Kugeln beladene Waggonen wurden aus den Schienen geloben und in den Chausseegraben geschleudert, wobei leider ein Bahnarbeiter unter die Räder gerieth und an beiden Beinen überfahren wurde. Derselbe ist bereits verstorben. Andere Waggonen stürzten um, einer ist in einen etwa 15 Schritte entfernten Kohlen-schuppen geworfen. Das Dach des Empfangsgebäudes des Güterschuppens erlitt große Beschädigungen, das Dach des Materialschuppens ist ganz verschwunden, von einem kleinen Waagehäuschen keine Spur zu finden. Der große Krahn ist umgebrochen, nicht minder die Signalstange am Empfangsgebäude und der Gasfandabaker. Die



Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wafner in Posen.

## Börsen-Telegramme.

Berlin, den 31 Juli 1871. (Telegr. Agentur.)

Stettin, den 31. Juli 1871. (Telegr. Agentur.)

Telegraphische Correspondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 29. Juli, Abends. [Effekten-Sozietät.]

Telegraphische Börsenberichte.

London, 31. Juli, Nachmittags. Getreidemarkt (Schlußbericht).

Wien, 31. Juli, Nachmittags. (Schlußhefte.) Best. überhaupt.  
 Silber-Rente 69 15, Kreditaktien 287. 40, St.-Eisenb.-Altien-Cert.  
 24. 50, Galitzer 260 50, London 122 50, Böhmische Westbahn 251 00,  
 Kreditlose 177, 25, 1860er Loose 102 30 Lomb. Eisenb. 179 80, 1863r  
 Loose 132 50, Napoleonsd'or 9. 77½.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

### Wasserstand der Warthe.

Ofen, am 31. Juli 1871, Vormittags 8 Uhr, 2 Fuß 11 Zoll.  
 " " 1. August " " " 2 " 10

**Newyork**, 29. Juli, Abends 6 Uhr. (Schlußkurse) Rächte Notirungen des Goldagio 12½, niedrigste 12. Wechsel auf London in Gold 119½, Goldagio 12½, Bonds de 1852 114½, do. do. 1886 114½, do. do. 1865 113, do. do. 1904 113½, Erie-Bahn 28, Illinois 128, Baumwolle —, Mehl 5 D. 9) C. Raffin. Petroleum in Newyork 25, do. Philadelphia 24½, Havannahuder Nr. 12 10½.

Berlin, 31. Juli 1870.

### Preussische Fonds

Dr. 250 fl. 3r. 06 l. 4	78 1/2 b3
do 100 fl. 8r. 02	97 1/2 b3

**Bank- und Credit-Aktien und  
Auftheilsscheine.**

Ang. Landes-Vf.	4	129½	h
Verl. Raff.-Verein	4	180½	h
Verl. Handels-Ges.	4	131	h b <sub>2</sub> f.
Braunschw. Bank	4	122½	h (129½) h
Bremer Bank	4	112½	h
Coburg. Kredit-Vf.	4	92½	h
Danziger Priv.-Vf.	4	114	h
Darmstädter Kred.	4	146½	h h h
Darmst. Bittel-Vf.	4	109½	h

### Prioritäts-Obbligationen.

Kachen-Düffeldorf	4	—	—
do. II. Em.	4	—	—
do. III. Em.	4½	—	—
Kachen-Wakreit	4½	85½	⊗
do. II. Em.	6	94½	⊗
do. III. Em.	6	94½	⊗
Bergisch-Wackreit	4	94½	⊗
do. II. Ser. (conv.)	4½	94½	⊗
III. Ser. 3½ v. Ser. 3	4	76½	⊗
do. Lit. B.	3½	76½	⊗ C 74½ ⊗
do. IV. Ser.	4½	—	—
do. V. Ser.	4½	93½	⊗
do. VI. Ser.	4½	92½	⊗ ⊗
do. Düffel. Elberf.	4	—	—
do. II. Em.	4½	—	—
do. (Dortm. Soeh)	4	86	⊗
do. II. Ser.	4½	—	—
do. (Nordbagn)	5	100½	⊗
Berlin-Anhalt	4	—	—
do.	4½	94½	⊗
do. Lit. B.	4½	94	⊗
Berlin-Görliger	5	101	⊗
Berlin-Hamburg	4	86	⊗ [⊗
do. II. Em.	4	86	⊗ III. 100½

Niederschl. = Marl.	4	87 1/2
hg. II. S. 8 62 1/2 flr.	4	85 1/2

do. c. I. u. II. Ex.	4	87 1/2	⊗
do. conv. III. Ex.	4	81 1/2	⊗
do. IV. Ex.	4 1/2	—	—
Riederfchl. Schweiz	5	—	—
Oberschles. Lit. A.	5	—	—
do. Lit. B.	1	—	—
do. Lit. C.	3 1/2	—	—
do. Lit. D.	4	—	—
do. Lit. E.	4	—	—
do. Lit. F.	3 1/2	—	—
do. Lit. G.	4	93 1/2	b <sub>3</sub>
Deutr.-Frankf. St. C.	4 1/2	287 1/2	b <sub>3</sub>
Deutr. fäb. St. (Ed.)	3	223	b <sub>3</sub> u 219 1/2 b <sub>3</sub>
do. Lomb. Roms	5	93	⊗
do. do. fällig 1875/6	6	96 1/2	b <sub>3</sub>
do. do. fällig 1876/6	6	96 1/2	⊗
do. do. fällig 1877/8	6	96 1/2	⊗
Ostpreuss. Süddag.	5	97	91 1/2
Rhein.-Pr. Obligat.	5	85 1/2	⊗
do. v. Staat garant.	4	78	⊗
do. III. u. 1858 u. 1860	3	93 1/2	⊗ 65r 93 1/2
do. 1862 u. 1864	4	93 1/2	b <sub>3</sub>
do. v. Staat garant.	4	100	⊗
Rhein.-Rag. v. S. g.	4	94 1/2	b <sub>3</sub> ⊗
do. II. Ex.	3 1/2	94 1/2	b <sub>3</sub> ⊗

Inhalt	4	236	b <sub>3</sub> ⑤
(Görlich)	4	73	b <sub>3</sub>

do. Stammaprior.	5	99	etw bz	⊗
Berlin-Hamburg	4	165	bz	
Berl.-Potsd.-Magb.	4	260	bz	n. 212bz
Berlin-Sittitz	4	145	bz	
Bism., Weßdaga	5	163	⊗	
Bescl.-Schm.-Frb.	4	115½	etw bz	⊗
Bilog.-Reiche	5	93	bz	⊗
Cöln-Minden	4	160	bz	⊗
do. Lit. B.	5	107½	dt	
⊗ Alig.-Carl-Eudwig	5	102½-103½	bz	
Palte-Soran-Gub.	4	49½	bz	
do. Stammaprior.	5	72½	bz	
Röbau-Sittitz	4	79	etw bz	
Eudwigshaf.-Vegb.	4	—	—	
Märktich-Rosen	4	44	bz	
do. Prior.-St.	5	67½	bz	
Magdeb.-Halberst.	4	134	bz	⊗
do. Stamm.-Fr. B.	3½	81½	bz	
Magdeb.-Leipzig	4	199	etw bz	⊗
do. do. Lit. B.	4	19½	bz	
Meinig-Eudwigsh.	4	156½	bz	
Medlenburger	—	—	—	
Münster-Hammer	4	69½	bz	
Niederst.-Märk.	4	30	bz	⊗
Priedel.-Schl. Zweigb.	4	110	bz	⊗

Napoleon's d'or	—	5. 10 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	2
Imp. n. Sinf.	—	458	10

Dollars	1. 14 $\frac{1}{2}$ 88
Silber pr. Spfd.	—
R. Gdshl. Raff.-Bl.	—
Fremde Noten	99 $\frac{3}{4}$ 88
do. (eint. in Leipz.)	99 $\frac{3}{4}$ 88
Deutsche Banknoten	81 $\frac{1}{2}$ 88
Russische do.	79 $\frac{3}{4}$ 88

---

**Wechsel-Kurse vom 31. Juli.**

Bankdiskont	4	—
Amst. 250fl. 10 $\frac{1}{2}$ 88	3	—
do. 2 $\frac{1}{2}$ 88	3	—
Hamb. 300 Mfl. 8 $\frac{1}{2}$ 88	3	—
do. 2 $\frac{1}{2}$ 88	5	—
Bombay 1 Rfr. 3 $\frac{1}{2}$ 88	2	—
Paris 300 fr. 2 $\frac{1}{2}$ 88	6	—
Wien 150 fl. 8 $\frac{1}{2}$ 88	6	81 $\frac{1}{2}$ 88
do. 2 $\frac{1}{2}$ 88	6	81 $\frac{1}{2}$ 88
Lugdo. 100fl. 2 $\frac{1}{2}$ 88	4 $\frac{1}{2}$	—
Brantf. 100fl. 2 $\frac{1}{2}$ 88	3 $\frac{1}{2}$	—
Leipzig 100 Mfl. 8 $\frac{1}{2}$ 88	4	—
do. 2 $\frac{1}{2}$ 88	4 $\frac{1}{2}$	—
Petersb. 100 Rbl. 3 $\frac{1}{2}$ 88	6	87 $\frac{1}{2}$ 88
Warschau 90 Rbl. 8 $\frac{1}{2}$ 88	6	79 $\frac{3}{4}$ 88
Bresn. 100 Mfl. 8 $\frac{1}{2}$ 88	4	—